

Treffen der orthodoxen Kirchen auf Patmos im September 1995 fernblieb. In einer Stellungnahme erklärte der Hl. Synod in Moskau, daß die Beziehungen „zwischen den Patriarchen von Moskau und Konstantinopel ernsthaft zerrüttet seien“. Gleichzeitig signalisierte Moskau aber auch „Gesprächsbereitschaft“ und erklärte, daß der Status der orthodoxen Kirchen in Estland und der Ukraine mit dem Ökumenischen Patriarchat geklärt werden müsse (Christlicher Osten 6/1995, S. 364f).

Zu einer Klärung kam es nicht mehr. Konstantinopel hat im Falle Estlands bereits Tatsachen geschaffen. Der Abbruch der Beziehungen könnte dazu führen, daß man nun auch im Falle der Ukraine die bisherige Zurückhaltung aufgibt. Der Machtkampf ist nicht entschieden: Moskau hat schlechte Karten, da die Regierungen dieser beiden Staaten die nationalen (antirussischen) Kirchen unterstützen; Konstantinopel nutzt diese politischen Strömungen zugunsten einer Ausdehnung seines Einflußgebietes aus. *Gernot Seide*

## Viel Gegenwind

### Die Kirche in der Tschechischen Republik

*In der Tschechischen Republik wird Ende Mai ein neues Parlament gewählt. Ein Verbleib des liberaldemokratischen Regierungschefs Václav Klaus gilt als wahrscheinlich. In ihrem Kampf gegen Verlust an Terrain bei den Menschen werden die Kirchen in Böhmen und Mähren auch künftig kaum staatlichen Beistand erwarten können und sich auf eigene Beine stellen müssen.*

Leuten, die den Gang der „großen Dinge“ gerne an kleinen festmachen, war die Nachricht Nahrung für allerlei Gedankenspiele. Der Erzbischof von Prag mußte im Spätsommer vergangenen Jahres samt Troß aus seinem Palais am Prager Hradschin ausziehen. Der Grund: Der hintere Trakt des Gebäudes drohte in den sogenannten Hirschgraben, der den Hradschin an dessen Nordseite wie ein Burggraben begrenzt, abzurutschen.

Die Stadtverwaltung hatte den steilen Abhang angebaggert, um Leitungen in die Prager Burg zu legen. Der Hang geriet ins Rutschen. Zentimeterbreite Risse durchzogen in manchen Räumen des Palais bereits die Wände. Kaum einen Monat hatte die Leitung des Erzbistums Zeit, Büros und Wohnstätten zu räumen. Das mehr als 350 Jahre alte Baujuwel, das den Hradschinplatz an der nördlichen Längsseite beeindruckend säumt, mußte durch rasche Notmaßnahmen abgesichert werden. Geschätzter Schaden: mehrere hundert Millionen Kronen.

#### Kein Durchbruch im Verhältnis von Staat und Kirche

Die katholische Kirche Tschechiens Opfer staatlicher „Wühlarbeit“ oder Bosheit? Liest man die Klagen der vergangenen Monate des Prager Erzbischofs, Kardinal *Miloslav Vlk*, möchte es fast so scheinen. Der Zorn des Kardinals richtete sich aber nicht gegen unbedachte Tiefbau-Ingenieure, sondern gegen Ministerpräsident *Václav Klaus*. Der liberaldemokratische Regierungschef hatte noch im Januar

dieses Jahres bei einer Audienz Johannes Paul II. versichert, sämtliche offenen Fragen zwischen Kirche und Staat würden „noch in diesen Monaten“ und „zur beiderseitigen Zufriedenheit“ geregelt.

Klaus machte die Äußerung im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen am 31. Mai und 1. Juni. Doch nichts deutete zu dem Zeitpunkt darauf hin, daß dieses Versprechen noch eingelöst werden könnte. Vlk warf dem Ministerpräsidenten daraufhin „Doppelgesichtigkeit“ vor. Während der gesamten Legislaturperiode war hinsichtlich einer Neugestaltung des Staat-Kirche-Verhältnisses nicht viel weitergegangen. Ein umfassendes „Kirchengesetz“ sollte folgende Bereiche regeln: die juristische Stellung der Kirchen, ihre Beziehungen zu den staatlichen Institutionen, die Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen wie Militär und Gefängnissen, die Kirchenfinanzierung und die Rückgabe beschlagnahmten Kircheneigentums.

Zu verschieden sind aber innerhalb der Regierungskoalition aus Demokratischer Bürgerpartei (ODS), Demokratischer Bürgerallianz (ODA) und Christdemokraten (KUD-ČSL) die Konzepte. Während die Liberalen die Religionsgemeinschaften auf eine Ebene mit Vereinen stellen wollen, verlangen christliche Politiker und Kirchenleitungen einen Sonderstatus für anerkannte Glaubensgemeinschaften.

Klaus macht auch keinen Hehl aus seiner in klassischem Liberalismus gründenden Distanz zur Kirche: In den ersten Tagen nach der sanften Revolution „fühlten wir alle, daß wir an der Seite jener stehen sollten, die im kommunistischen System am meisten gelitten haben. Zweifellos gehörten die Kirchen dazu.“ Jetzt habe sich die Lage wieder normalisiert, die „Lebensphilosophie“ der Kirchen liege mit anderen im

Streit, daher betrachte man die katholische Kirche „nicht mehr in derselben Weise als Partner wie unmittelbar nach der Revolution“, erklärte der Regierungschef wenige Tage nach dem Papstbesuch im Mai 1995.

Besonders der jahrelange Streit um die *Eigentumsrückgabe* eskalierte zu Beginn dieses Jahres. Die ODS, ohne deren Zustimmung eine Restitution nicht zustandekommen kann, erklärte nach einer Parteivorstands-Sitzung Ende Januar, für sie habe die Frage des umstrittenen Kircheneigentums „keine Priorität“, was nur bedeuten konnte: keine Entscheidung mehr in dieser Legislaturperiode. Außerdem beharrte die Klaus-Partei auf ihrer Absicht, die Rückgabe nicht per Gesetz, sondern per Regierungsdekret lösen zu wollen.

Kardinal Vlk stieß die erneute Verzögerungstaktik sauer auf. Er erinnerte an die Zusage des Premiers beim Papst und monierte, Klaus' Worte stimmten nicht mit seinen Taten überein. Bereits acht Gesetzesvorlagen zur Eigentumsrückgabe seien gescheitert. Vlk wörtlich: „Ich weiß, daß in dieser Frage drei Jahre politisiert wurde und daß die Kirche de facto zur Geisel der Politik geworden ist.“ Der Prager Erzbischof beteuerte zum wiederholten Mal, der Kirche gehe es nicht um Macht und Privilegien, sondern um *Sicherung ihres Wirkens*. Von den 3300 Gebäuden, auf die sie Anspruch habe, verlange sie ohnehin nur 800 zurück. Die ebenfalls zurückgeforderten 240 000 Hektar Grund und Boden – zum Großteil Wald – dienten als ökonomische Basis. Für Grundstücke, die heute öffentlichen Zwecken dienen, etwa Autobahnen oder Siedlungen, beanspruche man überdies keine finanzielle Abgeltung.

Gleichzeitig stellte der katholische Primas der Regierung die Rute ins Fenster: Die Eigentumsrückgabe sei eine der Bedingungen für die Aufnahme Tschechiens in die EU. Vlk berief sich dabei auf eine Resolution des Europäischen Parlaments vom Dezember vergangenen Jahres. Darin wird zur Rückgabe jüdischen Eigentums sowie des Vermögens weiterer Gemeinschaften, vor allem der christlichen Kirchen, aufgerufen. Vlk verabsäumte auch nicht, die Regierung vor negativen Auswirkungen ihrer Verzögerungstaktik bei den kommenden Parlamentswahlen zu warnen. Besonders im Blick auf Mähren, wo die Kirchenbindung deutlich höher ist als in den übrigen Landesteilen. Die katholische Kirche sei auch ohne das ihr zustehende Eigentum die „stärkste kompakte ideelle Gruppe“ in der tschechischen Republik, strich der Erzbischof hervor.

Sein demonstratives Selbstbewußtsein begründete der Kardinal mit „Mitgliederzahlen“: Die ODS habe 22 000 Parteimitglieder, die Christdemokraten hätten 85 000, die Kommunisten rund 200 000. Die katholische Kirche hingegen verzeichne „jeden Sonntag eine halbe Million Leute in ihren Kirchen“. Studiert man die Meinungsumfragen zur bevorstehenden Parlamentswahl, scheint die Drohung des Erzbischofs allerdings ziemlich leer. Die von Klaus geführte ODS liegt mit 26 bis 30 Prozent noch immer einige Prozentpunkte vor den oppositionellen Sozialdemokraten (ČSSD). Mit einem Wiedereinzug ins Parlament (Fünf-Prozent-Hür-

de) können den Umfragen zufolge auch die beiden anderen Koalitionsparteien – ODA und Christdemokraten – sowie eine der vier kommunistischen Parteien, die KSČM, rechnen. Regierungschef Klaus weiß um das Schwinden des gesellschaftlichen Einflusses der Kirchen. Die Zahlen aus der Volkszählung von 1991 – 39 Prozent Katholiken, 2,5 Prozent Protestanten, 1,7 Prozent Hussiten, 16,9 Prozent sonstige Glaubensgemeinschaften, 40 Prozent Konfessionslose – spiegeln nicht mehr die heutige Realität. Zur *katholischen Kirche* bekennen sich bei aktuellen Umfragen gerade noch zwanzig Prozent, wobei starke regionale Unterschiede gegeben sind – vom nahezu „entchristlichten“ Nordwestböhmen bis zum noch deutlich katholisch geprägten Südmähren. Von den Katholiken besucht etwa in Mähren jeder dritte den Sonntagsgottesdienst, in Böhmen jeder zehnte.

---

## Geheimniskrämerei im Umgang mit der „Untergrundkirche“

---

Während der Wiener Pastoraltheologe *Paul Zulehner* aufgrund der Europäischen Wertestudie zu dem Urteil kommt, die Tschechen seien das am wenigsten gläubige Volk in Europa, widerspricht der Olmützer Religionsphilosoph *Bretislav Horyna* dieser Ansicht. 40 Jahre atheistisches System seien nicht in der Lage, so beständige Haltungen wie Religiosität nachhaltig zu beeinflussen.

Soziologische Studien zeigten, daß rund ein Drittel der Tschechen an Gott glaubt, ein Drittel sich für Atheisten hält und der Rest sich in Sachen Religiosität nicht sicher ist. Damit ähneln die Tschechen nach den Worten Horynas anderen europäischen Völkern. Die Ursache für den starken Vertrauensschwund in die katholische Kirche seit der Wende von 1989 sieht er unter anderem in der Gewohnheit seiner Landsleute, „den Mantel in den Wind zu hängen“: Vor vier Jahren war das Christentum noch in Mode; es genügten aber einige antikatholische Äußerungen von Regierungschef Klaus, und von der „Herde“ blieb nur mehr die Hälfte übrig. Soziologen haben für die Kirchen einen kleinen Trost parat: Den Tschechen ist der Staat mindestens ebenso gleichgültig.

Die Abwendung von den Kirchen und die Hinwendung zu Sekten und religiösen Kleingruppen und mehr noch zum westlichen Konsumismus und Hedonismus haben ihren Grund auch in *kircheninternen Defiziten und Problemen*. Die kommunistische Unterdrückung hat der katholischen Kirche nicht nur viel Widerstandskraft abgefordert, sie hat auch ihre *personellen Ressourcen* stark geschwächt. Der Klerus ist stark überaltert, eine neue Generation an Priestern und Laienmitarbeitern erst im Heranwachsen. Mühsam muß erst aufgebaut werden, womit sich selbst die jahrzehntelang freie Kirche im Westen schwer tut: Offenheit, Dialog mit anderen Weltanschauungen, Reformbereitschaft, Fähigkeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen, gewinnender Seelsorgestil, zeitgemäßer Umgang mit den Medien, Verzicht auf antiquiertes Machtgehabe und engen Traditionalismus.

Ihre Unfähigkeit, offen die Leiden, aber auch die Fehler der katholischen Kirche in der Zeit der KP-Diktatur aufzuarbeiten, zeigen die tschechische Kirchenführung und der Vatikan in der Frage der „Untergrundkirche“ und der in ihr geheim geweihten Priester und Bischöfe. Unter ihnen waren Verheiratete und auch mehrere Frauen – wie seit einem durch die Weltpresse gegangenen Bericht der österreichischen Zeitschrift „Kirche intern“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt ist.

Über die geheimen *Bischofs- und Priesterweihen* ist an Fakten – sehr knapp zusammengefaßt – publik: In einem Zeitraum von rund 40 Jahren wurden in Böhmen, Mähren und der Slowakei rund 40 Geheimbischöfe geweiht. Die Angaben zu den Geheimpriestern schwanken zwischen 200 und 600. Gerade bei den Bischofsweihen ist eine wesentliche Frage, ob ein direkter päpstlicher Weiheauftrag vorlag, ob sie auf eine „außerordentliche Vollmacht“ hin erfolgte oder ob ein Bischof aus der Not heraus auf eigene Entscheidung hin sich entschloß, weitere Geheimbischöfe zu weihen. In vielen Fällen ist dies bis heute nicht geklärt.

Bemerkenswert am Umgang mit der ehemaligen Geheimkirche sind zunächst nicht die dazu getroffenen Entscheidungen, sondern ist die Art und Weise, wie verfahren wird. Als nach dem Sturz der KP-Herrschaft die Untergrundkirche aus den Katakomben ans Tageslicht treten konnte, wurden von der Kirchenleitung die geheim geweihten Priester und Bischöfe angehalten, sich bei ihrem jeweiligen Bischof zu melden. Die Listen jener, die sich gemeldet haben, wurden nie veröffentlicht.

Listen und Sachverhaltsdarstellungen wurden nach Rom geschickt. 1992 erließ die römische Glaubenskongregation Richtlinien, wie über die pastorale Weiterverwendung dieser Geistlichen entschieden werden soll. Auch diese Richtlinien sind bis heute geheim. Ebenso fehlen daher – von manchen bekannten Namen abgesehen – die genauen Angaben darüber, wer aus welchen Gründen sein in der Geheimkirche übernommenes Amt nun offiziell ausüben bzw. nicht ausüben kann, wer auf seine Amtsausübung verzichtet hat, welche Fälle noch unerledigt sind.

Die Frage der Geheimbischöfe und -priester trifft die Kirchenführung an drei „wunden Punkten“: Zum einen will man nicht, daß der offiziellen Hierarchie „Bischöfe“ in die Quere kommen, die nicht auf dem üblichen Weg – also durch den Papst – ernannt wurden. Als im Vorjahr jene Geheimbischöfe zunehmend aufbegehrt, die über ihr künftiges „Schicksal“ nach wie vor im unklaren gelassen wurden, zog die Tschechische Bischofskonferenz plötzlich ein bisher unbekanntes Dokument aus dem Jahr 1967 hervor.

Darin erklärte der Geheimbischof *Jan Blaha*, daß die im Untergrund geweihten Bischöfe „niemals einen Anspruch auf die normale Ausübung des Bischofsamtes erheben werden“. 1990 schränkte Blaha dieses Versprechen auf die verheirateten Geheimbischöfe ein. In Kirchenkreisen fragt man sich, wieso dieses Dokument bis vor kurzem nicht herangezogen wurde und man von verheirateten Geheimbischöfen eine ei-

gene Verzichtserklärung verlangte – wenn sie den Darstellungen zufolge ohnehin vorliegt.

Zum zweiten will der Vatikan offensichtlich um jeden Preis vermeiden, daß in der römisch-katholischen Kirche Tschechiens verheiratete Priester ihr Amt ausüben können. Wohl auch deshalb hat Johannes Paul II. jetzt auf dem Territorium des heutigen Tschechien eine eigene griechisch-katholische Diözese errichtet, an deren Spitze der ehemalige Geheimpriester *Ivan Ljavinec* berufen wurde. Die Tatsache, daß die Mehrheit der Geheimpriester aus der lateinischen Tradition kommt und mit dem byzantinischen Ritus wenig vertraut ist, wird so allerdings übergangen. Entsprechende Proteste der Betroffenen wie Verantwortlicher der griechisch-katholischen Kirche verhalten bisher ungehört. Zum dritten kommt dem Vatikan die Tatsache, daß in der katholischen Kirche Frauen zu Priestern geweiht wurden, in der Debatte um die Frauenordination äußerst unlegen.

In diesen drei Fragen keinerlei Kompromißbereitschaft zu zeigen, scheint der jetzigen Kirchenführung offensichtlich wichtiger als eine rasche und vor allem dem Leid und Verdienst der ehemaligen Geheimegeistlichen angemessene Lösung. Symptomatisch für den Umgang mit der Geheimkirche war auch die Reaktion, als die Brüner Religionslehrerin *Ludmila Javorová* erstmals Medien gegenüber bestätigte, daß sie die Priesterweihe erhalten hat und noch heute täglich die Messe zelebriert. Die Tschechische Bischofskonferenz gab plötzlich zu, es habe während der KP-Diktatur Priesterweihen an Frauen gegeben – bisher wurde dies immer verneint. Vatikansprecher *Navarro-Valls* bekräftigte, die Weihe *Javorová*s sei nach dem geltenden Kirchenrecht „ungültig und unerlaubt“ – „falls es eine solche Weihe gegeben haben sollte“.

Auch wenn die tschechische Kirchenleitung immer wieder betont, wie hoch sie jene schätze, die in der Zeit der kommunistischen Diktatur im Untergrund Freiheit und Leben für die Kirche riskiert haben: Die „Geheimkirche“ selbst – und nicht nur sie – vermißt in allen bisherigen „offiziellen und halboffiziellen“ Maßnahmen und Überlegungen zu ihrer Integration „den Dialog mit den Betroffenen“. Eine Änderung des Umgangs mit der ehemaligen „Geheimkirche“ ist trotz aller Kritik in der nächsten Zeit nicht zu erwarten.

---

## Das ökumenische Klima hat sich wieder gebessert

---

Im Januar dieses Jahres faßte die Tschechische Bischofskonferenz den Beschluß, eine „Plenarsynode der katholischen Kirche in der Tschechischen Republik“ einzuberufen. Die Synode soll Leitlinien für die Neuevangelisierung in Böhmen und Mähren erarbeiten. Zusammensetzung und Inhalte der Kirchenversammlung liegen noch nicht vor, Aufmerksamkeit verdienen vorerst zwei Details: Zum Vorsitzenden der Vorbereitungskommission wurde der junge Olmützer Erzbischof *Jan Graubner* bestellt – er hat bei den Auseinandersetzungen um die Heiligsprechung *Jan Sakrander*s im Vorjahr ökumenisches Fingerspitzengefühl gezeigt.

Als Grundlage der Synodenarbeit soll das Papstschreiben „Tertio Millenio Adveniente“ dienen, in dem Johannes Paul II. Gedanken zur Vorbereitung auf das Jahr 2000 niederlegte (vgl. HK, Dezember 1994, 604 ff.). In dem Schreiben wird auch eine Schuld der katholischen Kirche bei den Religionskonflikten der Reformations- und Gegenreformationszeit eingestanden. Vorbehalte gegen die Katholiken nähren sich in Tschechien bis heute aus diesen Vorgängen. Lediglich der Widerstand und die Mitwirkung von Katholiken beim Sturz des kommunistischen Regimes hatten diese tiefsitzenden Ressentiments kurzfristig vergessen lassen.

Vorerst versucht die katholische Kirche in Tschechien, an eine Leitfigur aus einer Zeit weit vor den Reformationswirren anzuknüpfen, an den hl. Adalbert (tschechisch: Vojtěch). Der aus Böhmen stammende Missionar, Bischof und Klostergründer starb 997 an der Weichselmündung den Märtyrertod. Seines 1000. Todestages soll mit einem groß gefeierten Adalbert-Jahr gedacht werden. Initiator des Adalbert-Gedenkens war 1987 der damalige Primas Kardinal *František Tomášek*, der ein „Dezennium der geistlichen Erneuerung“ ausrief. Johannes Paul II. will heuer und im kommenden Jahr mehrere Adalbert-Städte besuchen, zum Auftakt in diesem Juni die der Überlieferung nach von Adalbert gegründete ungarische Benediktinerabtei Pannonhalma. Voraussichtlich im April 1997 will der Papst zum dritten Mal Tschechien einen Besuch abstatten.

Ob bis dahin die von Johannes Paul II. 1990 angeregte *Neubewertung des tschechischen Kirchenreformers Jan Hus* abgeschlossen ist und er öffentlich rehabilitiert wird, ist zur Zeit noch offen. Hus wurde 1415 vom Konstanzer Konzil verurteilt und auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Zur Zeit arbeitet eine ökumenische Kommission die historischen Fakten auf. Entgegen jüngsten Medienberichten, eine Rehabilitation oder gar Heiligsprechung von Hus stehe unmittelbar bevor, dürfte in diesem Sommer lediglich ein Zwischenbericht der Untersuchungen veröffentlicht werden. Das ökumenische Klima jedenfalls hat sich nach den Rückschlägen des Vorjahres wieder etwas gebessert. Zeichen dafür ist, daß die katholische Kirche seit jüngstem Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen in Tschechien ist, wenn auch noch nicht Vollmitglied.

Das Adalbert-Jahr soll von tschechischer Seite mit einer *nationalen Wallfahrt* nach Rom Anfang Juni eröffnet werden. Alle tschechischen Bischöfe wollen daran teilnehmen. Die Bischöfe und Gläubigen werden am 8. Juni vom Papst in Audienz empfangen werden. Daß diese Wallfahrt ähnlich dramatische Auswirkungen hat wie die letzte nationale Wallfahrt der tschechischen Katholiken nach Rom, ist nicht anzunehmen: Zur Heiligsprechung der Agnes von Böhmen in Rom gewährte 1989 das KP-Regime erstmals mehreren tausend Pilgern die Ausreise, die Heiligsprechung wurde am Vorabend der Wende zu einer Großdemonstration für Freiheit.

Heute – und das dürfte selbst manchen Kirchenoberen klar sein – genügen Remineszenzen an historische Persönlichkeiten allein bei weitem nicht mehr, um die Menschen in

Böhmen und Mähren für den christlichen Glauben zu gewinnen. Zu stark hat sich die Gesellschaft in den Jahren seit der „sanften Revolution“ gewandelt. Tschechien ist nach wie vor jenes ehemalige Ostblockland, das – bei allen Problemen des Umbaus – die *besten Wirtschaftsdaten* aufweisen kann: eine Inflation von unter zehn Prozent, geringe Arbeitslosigkeit, rasche Privatisierung (rund drei Viertel des ehemaligen Staatsbesitzes sind bereits in privater Hand).

Václav Klaus hat dem Land einen deutlichen Stempel der Liberalisierung auf allen Ebenen aufgedrückt. Nach der Aufnahme Tschechiens in die OECD Ende 1995 deponierte die Regierung das Ansuchen um Beitritt zur EU. Eine NATO-Mitgliedschaft steht trotz Protesten aus Moskau ebenfalls auf dem Wunschzettel der regierenden Politiker. Die Bevölkerung registriert neben den Vorteilen des neuen Gesellschaftssystems auch dessen Nachteile. Bei einer jüngst durchgeführten Umfrage wurden als negative Entwicklungen vor allem genannt: akuter Zeitmangel, steigender Streß, wachsende Kriminalität. Abnahme des gemeinschaftlichen Interesses und größere Belastungen für das Familienleben.

---

## Kirchliche Bekenntnisse zu Vergebung und Versöhnung

---

Die relativ stabilen ökonomischen und sozialen Verhältnisse dürften aber verhindern, daß es wie in Polen oder Ungarn zu einer Rückkehr der ehemaligen *Kommunisten* an die Macht kommt. Eine führende Position der *Christdemokraten* erscheint ebenfalls höchst unwahrscheinlich. Da ODA und Christdemokraten bereits eine Fortführung der Koalition mit der ODS signalisiert haben, wird es die Opposition schwer haben, Klaus aus seinem Amt zu hebeln. Zusammenschlüsse kleiner Oppositionsparteien, wie sie in den vergangenen Monaten getätigt wurden, dürften daran wenig ändern.

Neben den Wahlen zum Abgeordnetenhaus (200 Sitze) am 31. Mai und 1. Juni werden die Bürger Tschechiens am 15. und 16. November erstmals die zweite Kammer des Parlaments, den Senat, wählen. Der in der Verfassung vorgesehene, 81 Sitze umfassende Senat wurde seit der friedlichen Teilung der Tschechoslowakei am 1. Januar 1993 nicht konstituiert.

Die Aussicht, daß Václav Klaus auch für die nächsten vier Jahre die Prager Regierung anführen wird, ist auch von Bedeutung für die Beilegung des Streits zwischen Tschechien und Deutschland um die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen. Der Premier hat in der Frage der Eigentumsrückerstattung – ähnlich wie bei den Kirchen – stets eine restriktive Position vertreten. Die für Ende 1995 geplante „Schlußstrich-Erklärung“ ist trotz intensiver Verhandlungen auch auf Außenministerebene bisher nicht zustande gekommen. Da das Verhältnis zu Deutschland in Tschechien innenpolitischen Zündstoff bietet, ist eine Einigung noch vor den Parlamentswahlen kaum zu erwarten.

Lediglich die christlichen Kirchen auf beiden Seiten haben in dieser Frage ein unzweideutiges Bekenntnis zur Vergebung und Versöhnung gesetzt: die katholischen Bischofskonferenzen Deutschlands und der Tschechischen Republik mit einer gemeinsamen Erklärung (vgl. HK, April 1995, 170), die Evangelische Kirche in Deutschland und die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder durch den Austausch von Versöhnungsbotschaften.

Zurück zum Erzbischöflichen Palais am Prager Hradschin:

Die Sicherung und Restaurierung, die an die drei Jahre dauern dürfte, wird von staatlicher Seite kräftig unterstützt. Danach soll ein Teil des Gebäudes im Gegensatz zu bisher öffentlich zugänglich sein und eine Auswahl jener Kunstschätze präsentieren, die im Besitz der Erzdiözese sind. Bis dahin wird ein Teil der Kostbarkeiten, u. a. wertvolle Tapisserien, im Ausland gezeigt. Fazit eines verschmitzten Kirchenmannes: Der Staat kann eine Kirche – gewollt oder ungewollt – auf den Weg der Öffnung bringen. *Josef Pumberger*

## „Nicht abseits stehen“

Ein Gespräch mit Heidrun Tempel, Leiterin des Brüsseler Büros der EKD

*In diesen Tagen beginnt in Turin die Regierungskonferenz der Europäischen Union zur Revision des Vertrags von Maastricht. Die Kirchen sind in den Prozeß der europäischen Einigung in verschiedenster Weise involviert und versuchen ihre Anliegen und Gesichtspunkte bei den Organen der EU zur Geltung zu bringen. Wir sprachen darüber mit Oberkirchenrätin Heidrun Tempel, die das Brüsseler Büro der Evangelischen Kirche in Deutschland leitet. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.*

**HK:** Frau Tempel, für die Europäische Union steht zur Zeit viel auf dem Spiel, vom Fahrplan für die Währungsunion über die Modalitäten der Erweiterung nach Osten bis zu institutionellen Reformen im Interesse einer besseren Funktionsfähigkeit. Besteht in einer so heiklen Situation in den Institutionen und Gremien der EU überhaupt Interesse für die speziellen Anliegen und Beiträge der Kirchen?

**Tempel:** Wichtig ist zunächst, daß sich die Kirchen selber darüber im klaren sind, welche grundlegenden Entscheidungen für Europa in den nächsten Jahren anstehen. Es geht um das, was in Brüssel „Agenda 2000“ heißt. Dazu gehören neben den Punkten, die Sie genannt haben, noch die Frage der künftigen Finanzierung der Union, das sogenannte „Santer-I-Paket“, und die Entwicklung der Westeuropäischen Union als europäischem Arm der Verteidigung. Die Kirchen müssen mehr als bisher wahrnehmen, wie sich die Horizonte um uns herum verändern, was an ethischen und gesellschaftlichen Herausforderungen auf die Menschen zukommt. Sicher haben die Kirchen auch institutionelle Interessen, die sie im europäischen Kontext vertreten müssen. Aber primär muß es ihnen doch um die Fragen gehen, die nicht nur Christen, sondern alle Menschen in Europa umtreiben.

**HK:** Im Blick auf „Brüssel“ herrschen bei vielen Menschen heute Skepsis, Besorgnis oder sogar massive Ängste vor. Auch in den Kirchen wird Europa häufig eher als Bedrohung denn als Chance und positive Herausforderung wahrgenommen, in Deutschland auch wegen möglicher Auswirkungen auf das eingespielte Verhältnis von Staat und Kirche. Wie läßt sich dem gegensteuern?

**Tempel:** Die Vorstellung einer Bedrohung durch Europa ist entstanden, als man auch in den Kirchen in Deutschland wahrnahm, daß die Europäische Gemeinschaft in bestimmten Rechtsbereichen Kompetenzen hat, vor allem im Zusammenhang mit der Einführung des Binnenmarktes und dem damit verbundenen Rechtsprogramm. Die Gemeinschaft hat keine Kompetenzen im Verhältnis von Staat und Kirche und im Bereich der Religionsfreiheit; wohl aber ergeben sich für die Kirchen Konsequenzen aus dem sekundären Gemeinschaftsrecht, etwa beim Datenschutz, beim Arbeitsrecht oder bei den Mitbestimmungsregelungen. Bei der Behandlung solcher Fragen im europäischen Kontext nimmt Deutschland aufgrund seines Staat-Kirche-Verhältnisses eine Sonderrolle ein. Es ist unsere Pflicht, hier die deutschen Besonderheiten zu verdeutlichen und als Teil der nationalen Identität verständlich zu machen. Aber die Aktivitäten der deutschen Kirchen auf europäischer Ebene dürfen nicht den Anschein erwecken, ihnen gehe es einzig und allein um bestimmte Partikularinteressen. Es kommt viel mehr darauf an, daß sich die Kirchen in die allgemeine politische Diskussion innerhalb der europäischen Institutionen einbringen.

---

„Die Kirchen werden nicht per se privilegiert behandelt“

---

**HK:** Welche Themen stehen dabei oben auf der Tagesordnung? Wo sind die Kirchen heute bei Entwicklungen und Regelungen auf europäischer Ebene besonders gefordert?